Dr. Stefanie Donner, beide Chirurginnen und beim Jungen Forum der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie und Unfallchirurgie (DGOU) aktiv, für Ärger sorgte: In einem Positionspapier stellten sie Anfang 2015 zusammen, wie der Mutterschutz heute zeitgemäß auszulegen wäre.

In der Novelle ist nun ebenfalls geändert, dass künftig auch schwangere Studentinnen in Mutterschutz gehen können. Nach Angaben des Familienministeriums gibt es in Deutschland jedes Jahr rund 20.000 schwangere Studentinnen und Schülerinnen.

Lösung für Selbstständige kommt

Das Vorhaben, den Mutterschutz auf Studentinnen zu erweitern, war bei Bundesbildungsministerin Johanna Wanka

(CDU) zunächst auf großen Widerstand gestoßen. Deshalb lagen die Gesetzespläne monatelang auf Eis. Letztlich verständigte sich die große Koalition aber darauf, dass Ausnahmen von den strengen Mutterschutzregelungen möglich sein sollen – etwa wenn eine schwangere Studentin kurz vor der Entbindung freiwillig eine wichtige Klausur schreiben möchte.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hält das Reformpaket für nicht ausreichend. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack bemängelte, Beamtinnen, Richterinnen und Soldatinnen würden nicht in das bundesgesetzliche Mutterschutzrecht einbezogen. „Das ermöglicht ohne Not Abweichungen vom einheitlichen Schutzstatus.“ Das Familienministerium wies diesen

Vorwurf als unberechtigt zurück. Der Mutterschutz für die genannten Berufsgruppen werde zwar aus gesetzestechnischen Gründen in gesonderten Rechtsverordnungen geregelt, doch bei der Umsetzung sei der gleiche Schutz gewährleistet wie für alle schwangeren und stillenden Frauen. Die Gewerkschaft Verdi forderte außerdem, neben Angestellten müssten alle erwerbstätigen Frauen in das Mutterschutzgesetz einbezogen werden, nicht nur – wie jetzt vorgesehen – die arbeitnehmerähnlich Selbstständigen.

Ministerin Schwesig versicherte derweil, sie wolle in den kommenden Jahren auch eine Lösung für selbstständige Frauen finden. Dieses Vorhaben werfe allerdings neue Fragen auf.

Jana Kötter

Marketing – es ist mehr erlaubt als gedacht

Verboten ist Werbung heute dann, wenn sie irreführend, vergleichend oder anpreisend ist. Ansonsten gibt es viel Spielraum für gute Ideen auch im Bereich der sozialen Medien.

Vom früheren Werbeverbot für Ärzte ist in der Berufsordnung und im Heilmittelwerbegesetz nicht mehr viel übrig geblieben. Vieles, was früher verboten war, ist heute erlaubt – und das gilt auch für Marketing in sozialen Medien. Rechtsanwalt Professor Thomas Schlegel machte Ärzten und Zahnärzten bei einem Praxisseminar der Deutschen Apotheker- und Ärztebank (apoBank) in Frankfurt daher Mut, „auch mal etwas auszuprobieren und die Möglichkeiten auszuloten“.

Video auf YouTube ...

Schlegel regte an, sich auch bei den sozialen Medien kundig zu machen, um sie dann für eigene Aktivitäten zu nutzen. Beispiel YouTube, „die zweitgrößte Suchmaschine weltweit“, wie Schlegel erläuterte. „Gehen Sie mal drauf und sehen Sie, was die Leute alles als Video machen, zum Beispiel Image-Videos oder auch Erläuterungen einer Therapie.“ Für Fachärzte könne es sich lohnen, Videos zur Unterstützung der Aufklärung bei YouTube ins Netz zu stellen. Das sei

zwar kein Ersatz für tatsächliche Aufklärung, es könne den Aufklärungsprozess in der Praxis aber beschleunigen, wenn der Patient bereits vorinformiert ist.

Schlegel empfahl den Zuhörern auch regelmäßig im Web zu suchen, was dort über sie berichtet wird, besonders in den wichtigsten Bewertungsportalen wie jameda.de. Bei schlechten Beurteilungen sei es manchmal sinnvoll, online persönlich Stellung zu nehmen. Aktives Bewertungsmarketing etwa über Bewertungsbögen direkt am Empfang der Praxis könne dabei helfen, auf den einschlägigen Portalen gut benotet zu werden und bei einer schlechten Kritik nicht gleich in der Durchschnittsnote abzustürzen.

... oder auch der gute alte Brief

Sehr sinnvolle Dienste könne auch im Zeitalter von Social Media immer noch die E-Mail oder sogar ein Brief auf Papier leisten, etwa bei einer Praxisübernahme, betonte Schlegel. „Allein dürfen Sie die Patienten des abgehenden Arztes nicht anschreiben, aber in einem ge-

© Stan Fisher / Fotolia.com

Es kann sich lohnen und ist machbar, Videos zur Unterstützung der Patientenaufklärung beispielsweise bei YouTube ins Netz zu stellen.

meinsamen Brief ist das schon möglich, dafür dürfen Sie die Adressen nutzen“, erläuterte der Rechtsanwalt. In dem Schreiben könne der Verkäufer-Arzt darum werben, dass die Patienten dem Käufer ihr Vertrauen weiterhin schenken. Schlegel empfahl, ein solches gemeinsames Patientenschreiben mit in den Kaufvertrag aufzunehmen.

Hauke Gerlof